

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

3.5.1900 (No. 121)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. Mai.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unberlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Requisitionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Btg.“ — gestattet.

Nr. 121.

1900.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. April d. J. gnädigt geruht, dem außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg Dr. Karl Friedrich Auwers die etatmäßige außerordentliche Professur für organische Chemie an genannter Universität zu übertragen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 20. April d. J. wurde Expeditionsassistent Martin Müller in Mannheim nach Heidelberg versetzt.

Nicht-Ämtlicher Theil.

Die Brausteuer in Württemberg.

Stuttgart, 1. Mai.

Nach dem hochpolitischen Vorspiel, das sich äußerlich an die Biersteuer angeknüpft hat, ist die Kammer in der Berathung dieses mehr volkswirtschaftliche als steuerliche Zwecke verfolgenden Entwurfs selbst eingetreten. Das Gesetz macht einerseits einen neuen Versuch, der Aufhebung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe durch weitere Erleichterung der ersteren und eine, übrigens mäßige, Höherbelastung der letzteren Einhalt zu thun; andererseits sucht er die Konkurrenzfähigkeit der württembergischen Brauindustrie zu fördern durch Aufhebung des Surrogatverbots, sowie durch wesentliche Erleichterungen der Kontrollvorschriften, der Bestimmungen über Erhebung und Stundung der Steuer zc.

In letzterer Beziehung ist der Entwurf durchweg im Hinblick auf die einschlägige Gesetzgebung Bayerns und namentlich Badens aufgestellt und auch bei der Berathung in der Kammer spielte die badische Konkurrenz eine gewisse Rolle. Aus dem Umstand, daß das Surrogatverbot in Baden früher eingeführt worden und auf den Export des badischen Bieres einen förderlichen Einfluß gehabt hat, entnahm der Abg. Schumacher (Volksp.) Anlaß zu einer tadelnden Mahnung an die Regierung, doch nicht immer den Vorgang anderer Staaten abzuwarten, sondern in einer kräftigen Initiative anderen Staaten selbst ein Vorbild zu sein. Finanzminister von Zeyer bestritt, daß eine der Regierung zur Last fallende Verspätung des Entwurfs vorliege und daß die württembergische Brauindustrie von dem seitherigen Mangel eines Surrogatverbots einen Nachtheil gehabt habe. Eine Zeit lang sei allerdings die Einfuhr von Baden stetig gestiegen, die Ausfuhr nach Baden zurückgegangen, die Erfahrungen des Jahres 1898 aber seien bessere; wir steigen jetzt mit unserer Ausfuhr nach Baden in ungleich stärkerem Verhältniß, als die badische Einfuhr nach Württemberg. Der Minister seinerseits verwies dann aber doch auch wieder auf die badische Konkurrenz, so als er sich gegen die Aufnahme eines Hopfensurrogatverbots aussprach und die Hinaufhebung des Maximalbetrags der Steuer von 120 auf 130 Proz. bekämpfte.

Die Kammer hat sich für ein Verbot auch der Hopfensurrogate, einschließlich der Extrakte zc. entschieden, obwohl der Minister ein solches Verbot für unnötig und voraussichtlich auch unwirksam erklärte. Man ging davon aus, daß wenn Hopfensurrogate auch jetzt noch verhältnißmäßig wenig verbreitet sein mögen, doch die moderne Chemie jeden Tag ein Hopfensurrogat finden kann, das rasch in Aufnahme kommt.

Bezüglich der Gestaltung der Steuer nahm der einzige Sozialdemokrat der Kammer, Abg. Klotz, eine scharfe Sonderstellung ein. Er erklärte sich bereit zu jeder Ermäßigung der Steuer für die Kleinbrauer, widersprach aber jeglicher Steuererhöhung zu Lasten der Großbetriebe und bestritt überhaupt, daß man durch eine Steuerabstufung die Verdrängung der Kleinen durch die Großen aufhalten könne. Mit der letzten Steuerabstufung (1895) sei der Rückgang der Kleinbetriebe nicht nur nicht zum Stillstand gekommen, sondern habe sich noch verstärkt. Jede Steuererhöhung werde die Großbrauerei eben durch eine Ausdehnung ihres Absatzgebietes wettzumachen suchen. So bleibe vom ganzen Gesetz schließlich nichts als die Erhöhung einer indirekten Steuer. Sonst im Hause hegte man zwar auch keine sanguinischen Hoffnungen über die Wirksamkeit des Gesetzes zum Schutze der Kleinbetriebe, aber man hielt sich doch für verpflichtet, nichts zu unterlassen, was diesen sozialpolitisch so außerordentlich wichtigen Zweck fördern konnte. In diesem Bestreben gelangte das Haus auf

Antrag des Vizepräsidenten Dr. Riene (Centr.) dazu, nach unten noch eine weitere Ermäßigung (70 Proz. statt 80 Proz. des Entwurfs), nach oben eine weitere Mittelstufe und einen gesteigerten Höchstsatz (125 Proz. statt 120 Proz.) anzufügen. Schrempf (kons.) tabelte, daß der Entwurf die Großbrauereien nicht völlig von Vergünstigungen ausschließe und zog gegen die Praktiken der Großbrauereien zu Felde. C. Haußmann erklärte, die Volkspartei stimme nur ungern für das Gesetz, da sie bei den indirekten Steuern das Prinzip der Progression für falsch halte. Die obigen Beschlüsse wurden mit 54 gegen 7 Stimmen angenommen.

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.

(Ausführlicher Bericht.)

* Berlin, 1. Mai.

Von Seiten des Abg. Müller-Fulda ist ein Unterantrag eingegangen, welcher sich als eine spezielle Erweiterung des Centrumsantrages in der Dedungsfrage darstellt. Er umfaßt einen Abänderungsvorschlag zu den Bestimmungen des Reichssteuergesetzes vom 27. April 1894, worin die Abgabenerhöhungen für Aktien, Anze, Renten zc. enthalten sind.

Im Beginn der heutigen Sitzung ergreift Staatssekretär v. Tziellmann das Wort zu nachfolgender Erklärung: Die Verbündeten Regierungen sind zum nachdrücklichsten Schutz der deutschen Volkswirtschaft bei Ausarbeitung des neuen Zolltarifs entschlossen. Spezielle Erklärungen können naturgemäß erst nach Vollendung der Vorarbeiten gegeben werden.

Abg. Müller-Fulda erklärt sich hierdurch wenig befriedigt, weil er bezüglich der Leutenoth eine Erklärung vermissen. Diese sei durch die Maßnahmen des preussischen Staatsministeriums in der Reichszulassung bzw. Ausweisung ausländischer Arbeiter noch wesentlich verschärft. Wäre hier nicht Abhilfe geschaffen, so sei dadurch die Vorlage ernstlich gefährdet.

Abg. Zeyer: Er bedauere die Erklärungen von Tziellmann's, weil sich die Verbündeten Regierungen überhaupt dazu hätten drängen lassen; diese Frage stehe mit der Flottenvorlage in gar keinem Zusammenhang.

Abg. Gröber: Er sei von dem Entgegenkommen der Regierung zwar an sich befriedigt, die Frage der Leutenoth müsse aber auch in Betracht gezogen werden, denn dieselbe sei höchst bedenklich. Seine politischen Freunde in Oberösterreich machten ihre Stellung zur Vorlage davon abhängig.

Abg. Graf v. Helldorf: Die Arbeiterverhältnisse seiner Heimat lägen gleichfalls höchst traurig. Die Regierung beschäufte sich aber mit dieser Frage sehr eingehend. Allerdings glaube er nicht, daß viel dabei herauskommen werde, so lange man das slavische Element aus Prinzip festhalte.

Abg. Szmulca erklärt, die Verhältnisse in Oberösterreich seien namentlich wegen der Konkurrenz der Industrie so schwierig; es fehle an Pferdeknechten, deshalb könne man die Felder nicht bestellen, die Arbeiter zögen fort und kämen nicht wieder. Man müsse die Grenzen öffnen, wenn man die Landwirtschaft nicht ruinieren wolle. Das nationale Bedenken müsse man außer Betracht lassen.

Abg. Graf Arnim: Daß man die fremden Arbeiter nicht auch im Winter zulasse, sei nur im Interesse der Besitzer; Leute zum Viehfüttern habe man noch. Nach seiner Meinung werde Hilfe erst geschaffen werden, wenn man den Abzug in die Städte in irgend einer Weise beschränke; die Leute litten in den Städten bitter, aber den Abzug aus den großen Städten könne das Land nicht brauchen; auch das Agententum müsse man ins Auge fassen.

Abg. Graf Stolberg: Der Grund der Leutenoth liege in der Bevorzugung der Industrie, denn deren hohe Löhne könne die Landwirtschaft niemals bezahlen, hier helfe keine Einzelmaßregel. Er wolle die Freizügigkeit nicht angreifen, aber das Unterhaltungswohlfühlgesetz sei vom Uebel, daselbst stehe mit der Freizügigkeit im Widerspruch.

Abg. Haffje: Er warne davor, die Landwirtschaft auf Kosten der Nationalität zu schützen, er könne nicht so weit gehen, wie Szmulca, man könne die Reichsgrenzen nicht ohne allen Vorbehalt öffnen.

Abg. Richter: Ihm sei es interessant, daß die Freunde des Gesetzes diese Frage in die Debatte hineinbringen. In derselben stehe er auf Szmulca's Seite, er müsse sich dagegen verwahren, daß man, wie Graf Arnim, die Arbeiter an die Scholle fesseln wolle. Das Interesse der Landwirtschaft sei in diesem Falle nur ein Vorwand.

Abg. Bebel: Es sei klar, daß die Mehrforderungen an Menschen für Heer und Flotte schließlich unüberlegene Konsequenzen für die Landwirtschaft hätten; die Frage sei für die Flotte von geringerer Bedeutung, aber sie werde wieder brennend durch die noch ausstehende und vom Centrum bereits zugestandene Bewilligung der 7000 Mann. Seit 1887 seien mehrere 100 000 Mann zu Gunsten des Meeres dem Lande entzogen. Gleichzeitig wachse der Bedarf der Industrie und die Landwirtschaft gehe zurück. Die Vergünstigung der Industrie zum Nachtheil der Landwirtschaft bestreite er; die Industrie trage die Kosten der Fürsorgegesetze, worüber vielfach mit Grund geklagt werde, das Land sei daran nur in geringerem Maße beteiligt.

Abg. Müller-Fulda: Das Centrum habe die Bewilligung der 7000 Mann nicht in Aussicht gestellt, das Centrum warte den Beweis der Nothwendigkeit ab, der nicht zu erbringen sei. (?) Allerdings sei die Industrie zum Nachtheil der Landwirtschaft begünstigt und seine Partei sei gewillt, sich deren Schutz anzulegen sein zu lassen.

Abg. Prinz Arenberg: Er wolle die Bewilligung der Vorlage nicht von diesen Dingen abhängig machen, aber daß man diese Frage hier hineinbringe, scheine ihm voll verständlich;

(Mit einer Beilage und dem Sommerfahrplan der Großh. Badischen Staatseisenbahnen.)

die preussische Regierung übertreibe mit ihren nationalen Bedenken (?); man schütze die nationalen Interessen nicht, wenn man sie gleichzeitig zu Grunde richte.

Abg. Graf Stolberg: Bebel's Anschauung, daß nur die Industrie die Lasten der Sozialgesetze trage, bestreite er, die Industrie sei an sich viel leistungsfähiger, die Landwirtschaft werde infolge ihrer geringeren Leistungsfähigkeit schwerer betroffen.

Es soll nunmehr zu dem Antrag Müller-Fulda übergegangen werden.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Richter, daß er noch zum § 6 des Gesetzesvorschlages sprechen wolle. Dieser Paragraph sei nur ein Programm und nicht frei von Widersprüchen. Er bewillige Steuern auf Vorrath, denn die Bedürfnisse des Flottengesetzes seien nicht seine Voraussetzung. Von Interesse sei ihm dabei das Bedenken des Reichsfinanzsekretärs, was er mit den eintretenden Ueberschüssen anfangen solle. Er verstehe das Hervortreten der Dedungsfrage vollkommen, aber es liege die Gefahr vor, daß man in den Bewilligungen zu weit gehe, zumal es sich um eine so weite Zukunft handle. Die Berechnungen der Regierungen seien durch Annahme der Centrumsanträge hinfällig, man müsse also den Bedarf zunächst neu ermitteln. Nach seiner Berechnung hätten diese Anträge wesentliche Ersparnisse im Gefolge, man müsse auch noch die Verminderung der fortdauernden Ausgaben in Betracht ziehen. Nehme man den bisherigen Anleihebedarf der Marine als fortdauernd an und bestreite die Mehrkosten und ordentlichen Einnahmen, so seien für die nächsten fünf Jahre nur 45,6 Millionen jährlich mehr erforderlich und in der folgenden Periode nur 59 im ganzen. Die Steuererträge gingen also weiter, als der errechnete Bedarf, mindestens, wenn man die Anleihe wie bisher beibehalte. Er sei nicht der Meinung, daß man auf diese ganz verzichten solle, mindestens nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt; man möge die Ueberschüsse zur Schuldenentlastung verwenden, brauche aber die Anleihe nicht aufzugeben. Der neue Zolltarif werde die Finanzlage wesentlich verändern, der Zeitpunkt sei also ganz ungeeignet, jetzt große neue Einnahmequellen zu erschließen, habe man zu viel Geld, so werde man alsbald mit neuen Flottenplänen kommen. Der Centrumsantrag sage nicht, was er beabsichtige; eine Erbschaftsteuer sei zur Annahme ungeeignet, weil die Einzelstaaten sie schon hätten und man sie nicht dem schwankenden Bedarf anpassen könne; jedenfalls werde man diese Frage jetzt nicht lösen können. Er komme deshalb auf die von ihm bereits früher vorgeschlagene Reichsvermögenssteuer zurück, die den Einzelstaaten fehle und dem Bedarf gut anzupassen sei, auch sich mit dem Gesetz bequem verbinden lasse.

Unterstaatssekretär v. A. Schenborn: Ein Jubel von Einnahmen aus den vorgeschlagenen Steuern könne sich vielleicht für die nächsten Jahre in dem Sinne ergeben, daß man den Anträgen der Restorik gegenüber schwer Vorzicht walten lassen könne. Die Verwaltung habe auf dem Standpunkt gestanden, daß die Dedungsfrage überhaupt noch nicht akut sei, denn die Mehrforderungen der Marine seien gegenüber dem Gesamtetat nicht so erheblich. Der Reichstag habe aber offenbar in dem Gesetz eine Bindung erblickt und deshalb die Frage urgirt. Stelle er sich auf diesen Standpunkt, so sei die Frage des Bedarfs zu klären. Er begrüße Richter's Vorschlag, die Anleihe in dem bisherigen Umfang beizubehalten; auf sie ganz zu verzichten, scheine ihm übertriebene Vorsicht, dagegen spreche der Vorgang der Handelswelt, welche auch Neuaufwendungen auf Anleihe nehme.

Abg. v. Kardorff bittet um Erklärung der Verbündeten Regierungen bezüglich der Vermögenssteuer.

Staatssekretär v. Tziellmann: Er glaube nicht, daß die Verbündeten Regierungen sich auf eine direkte Besteuerung durch das Reich einlassen würden, könne aber eine Erklärung in dieser Hinsicht nicht abgeben.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Richter, man könne über den heutigen Antrag Müller-Fulda nicht die erste Lesung in der Kommission abhalten, dazu sei nur das Plenum berufen.

Abg. v. Kardorff: Man könne dem begeben, wenn man den Antrag der Resolution beschliesse.

Abg. Müller-Fulda: Er halte seinen Antrag nur für eine Ergänzung des zur Berathung stehenden Gesetzes.

Abg. Paasche: Die Ansicht von Müller-Fulda scheine schon aus formellen Gründen unhaltbar.

Abg. Müller-Fulda: Er habe für seinen Antrag das Material des Schatzamts benutzt, er sei der Meinung gewesen, damit die Interessen der Vorlage zu fördern, denn Steuern in diesem Sinne beabsichtige man ja doch.

Abg. Gröber: Formell sei jeder Abänderungsantrag zulässig. Da die Dedungsfrage materiell mit der Vorlage zusammenhänge, gehöre auch dieser Antrag hierher.

Abg. Graf Stolberg: Er habe seinerseits einen Gesetzesentwurf bezüglich des Lotteriestempels eingebracht. Er sei bereit, diesen in den Müller'schen Antrag einzupassen.

Abg. Richter: Er könne über seine Bedenken nicht hinwegkommen, die Sache enthalte eine Präjudiz für alle Zukunft.

Abg. Graf Arnim: Wenn das Schatzamt mit dem Antrage einverstanden sei, möge man denselben als Resolution behandeln.

Abg. Paasche: Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes habe seinerseits Gesetzesentwürfe in Aussicht gestellt, aber es sei gleichgültig, von wem sie ausgingen, und Richters formellen Bedenken werde man begegnen können.

Staatssekretär v. Tziellmann: Auch die Verbündeten Regierungen hätten Fühlung mit dem Antrage Müller-Fulda, er sei zur Berathung vollkommen geeignet.

Abg. Bebel: Er könne auf die Generaldebatte im Plenum nicht verzichten.

Abg. Singer: Er bitte, den Centrumsantrag als Resolution zu behandeln, man könne hier nicht nebenbei über solche Prinzipienfragen entscheiden.

Abg. v. Kardorff stimmt gleichfalls für die Resolution.

Abg. Gröber: Man werde dadurch in die Schwierigkeit gerathen, die man vermeiden wolle. Nur ein endgültiger Beschluß bedeute eine Letztersparnis.

Abg. Graf Stolberg: Bei näherer Ueberlegung müsse

er mit Müller-Fulda's Vorschlägen sich einverstanden erklären. Abg. Graf Arnim äußert sich in gleichem Sinne. Abg. Vebel: Er müsse dieser Geschäftsbehandlung entschieden widersprechen; man mache die Arbeit des Plenums bezüglich dieser Steuerpläne unmöglich. Abg. Frese schlägt Vertagung vor, damit die Parteien zur Sache Stellung nehmen könnten.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 1. Mai.

Fortsetzung der Wahlprüfungen. Die Wahlen Boerner-Schwarzburg-Sondershausen, Ernst (1. Bromberg) und Kraemer (1. Koblenz) werden für gültig erklärt. Die Wahl von v. Vebel (8. Potsdam) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Die Wahl Vebels wird darauf gegen die Stimmen der Konserverativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen für ungültig erklärt.

Der Präsident verliest ein Schreiben des Abg. Sasse, welcher mitteilt, daß er sein Mandat niederlege. Hierauf wird der Kommissionsantrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahl erledigt.

Zu der Wahl Witt (1. Wahlkreis Coblenz), beschließt das Haus Beweiserhebung gemäß dem Kommissionsantrage.

Für gültig erklärt werden die Wahlen von Kardorff, Bismarck-Vohlen, Börsen-Warenburg, Stöcker, Paffe, Dietrich und Graf Wagnis. Beweiserhebungen werden beschlossen über Graßmann, Gbgh-Dienhausen de Schmid, Hänel und Järsch zu Jnn und Stapphausen.

Für ungültig erklärt wird die Wahl des Abg. Garriehausen. Ueber die Wahl Wid's (Berlin) und v. Stumm-Galberg's wird Beweiserhebung beschlossen.

Der Präsident theilt mit, daß der Abg. Müller-Fulda einen schleunigen Antrag, betreffend die Tempelnobelle und Abg. Wasserfmann einen schleunigen Antrag betreffend die Zolltarifnabelle eingebracht habe. Beide Anträge gehörten zur Flottennobelle. Die Budgetkommission könnte ohne dieselben nicht weiter berathen. Die Anträge würden noch heute gedruckt und vertheilt und auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Abg. v. Kardorff theilt mit, daß nach der Erklärung des Präsidenten die morgige Sitzung der Budgetkommission ausfalle. Der Präsident verliest eine eingegangene Interpellation Schwering-Böhmig betreffend die gemischten Privattransitlager.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 2. Mai.

Ein schleuniger Antrag Werner auf Einstellung des Privatklageverfahrens gegen den Abg. Bindewald wird angenommen.

Es folgt der Antrag Müller-Fulda, betreffend Erhöhung der Reichsstempelsätze und der Antrag Wasserfmann, betreffend Aufhebung der Zölle auf Viqueure, Brantwein und Schaumwein. Auf Vorschlag des Präsidenten erfolgt die erste Lesung beider Anträge gemeinsam.

Abg. Müller-Fulda begründet seinen Antrag, welcher bezweckt die Mittel zur Deckung der Fottendorlage zu beschaffen. Die Antragsteller gingen von der Voraussetzung aus, daß sowohl die Regierung wie das Plenum des Reichstages den Gesetzentwurf ratifizieren werden. Andernfalls wäre die Beschäftigung mit der Deckungsfrage zwecklos.

Abg. Wasserfmann begründet seinen Antrag. Abg. Ricker bedauert den Gang, den die Verhandlungen in der Kommission über die Flottenvorlage genommen habe. Die in dem Antrage verlangten Steuererhöhungen würden nicht ausreichen, die Kosten der Flottenvermehrung zu decken. Um übrigen behalte sich seine Fraktion ihre Stellungnahme vor.

Abg. Richter erklärt, die Deckung gehe viel zu weit. Staatssekretär v. Thielemann: Er habe in der Kommission Besorgniß darüber geäußert, wie er das durch die erhöhte Steuern einkommende Geld unterbringen soll. Was den Antrag Wasserfmann betreffe, so habe der Minister einmal gesagt, wenn die Zollbeamten die Qualität der zu verzollenden Getränke untersuchen sollten, so könne er nicht dafür garantieren, daß die Beamten ihren Dienst ordnungsmäßig versehen.

* Berlin, 2. Mai. Der Reichstag verwies die Anträge Müller-Fulda und Wasserfmann an die Budgetkommission.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 2. Mai.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge entgegen. Zur Frühstückstafel erschien Ihre Großherzogliche Hoheit die Fürstin zur Lippe. Im Laufe des Abends hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Legationsraths Dr. Sehß.

Die Abreise der Großherzoglichen Herrschaften nach Berlin wird heute Abend halb 9 Uhr erfolgen. Ihre Königlichen Hoheiten sind begleitet von der Gräfin von Andlau, der dienstthuenden Hofdame Freiin von Landenberg, dem Oberhofmarschall Grafen von Andlau, dem Generalmajor Freiherrn von Schönau-Wehr, dem Geheimen Legationsrath Dr. Freiherrn von Babo, dem Major von Pannewitz und dem Hofarzt Hofrath Dr. Dreßler. Die Ankunft der Höchsten Herrschaften in Berlin soll Donnerstag Vormittag halb 11 Uhr erfolgen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Leibarzt Dr. Hermann Fischer zum Offizianten III. Klasse zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, die Garderobefrau Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Karoline Martin mit Patent anzustellen.

5 (Schwurgericht vom 30. April). Der letzte Sitzungstag des Schwurgerichts für das zweite Quartal brachte noch drei Fälle. Zunächst kam die Anklage gegen den 24 Jahre alten Jakob Würfel aus Steinsfurt, zuletzt hier als Bäckergehilfe bedienstet, wegen Meineids zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsrath König. Vertreter der Anklagebehörde war Erster Staatsanwalt Duffner. Verteidiger Rechtsanwalt Leopold Weill.

Der Angeklagte hatte, wie er heute einräumte, in der Strafsache gegen die Kellnerin Bertha Buch wegen Körperverletzung, die in der am 4. April vor dem hiesigen Schöffengerichte stattfand, wesentlich einen falschen Eid geleistet.

Die Geschworenen hielten den Angeklagten des Meineids schuldig und gaben daher ihr Verdict im Sinne des Antrags des Staatsanwaltes ab. Gegen Würfel wurde daraufhin auf eine Zuchthausstrafe von drei Jahren ausgesprochen. Auch wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Manheim, 2. Mai. Die diesjährigen Pferderennen nahmen den besten Verlauf. Der Besuch war namentlich am Sonntag und am Dienstag ein ganz außergewöhnlich starker. Die einzelnen Felder hatten durchweg eine gute Befehung aufzuweisen. Der von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog gestiftete Ehrenpreis und 10 000 M. fielen auf ein englisches Pferd, das sich im Besitze des Herrn Majors Kämmerle befindet und welches von Herrn Leutnant v. Bergen geritten wurde. Keiner hat sich bei dem gestrigen Rennen auch ein bebauerlicher Unfall zugezogen. Der Leutnant Bernhardt vom 2. bayerischen Ulanen-Regiment stürzte mit seinem Pferde und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung, sowie einen Bruch des Nasenbeines. Sein Zustand ist jedoch kein bedenklicher. Seine Königliche Hoheit hatte an das Direktorium des Rennvereins folgendes Telegramm senden lassen: Seine Königliche Hoheit der Großherzog bedauern, der freundlichen Einladung zu den morgigen Rennen nicht entsprechen zu können, da Höchstseine Befinden, besonders mit Rücksicht auf die bevorstehende Reise nach Berlin noch Schonung erfordert. Seine Königliche Hoheit lassen für die Reintage beste Wünsche aussprechen. Geheimes Kabinett: In Vertretung: Dr. Seyß.

Stettin, 2. Mai. Sonntag Nachmittag fand hier die Schlussprüfung der freiwilligen Sanitätskolonne des Männerhilfsvereins durch den langjährigen Kolonnenarzt Herrn Medizinalrath Dr. Walther statt. Aus Karlsruhe waren Herr Oberst v. D. Stiefbold, sowie Herr Hofapotheker Stroebel erschienen. Die Uebung nahm einen sehr schönen Verlauf und zeigte, daß unter der sehr bewährten Leitung mit Lust, Liebe und Erfolg gearbeitet worden ist. Nach Beendigung der Prüfung fand eine kameradschaftliche Zusammenkunft statt, bei der Herr Oberst Stiefbold dem Herrn Kolonnenarzt, dem Vorstande des Männerhilfsvereins, Herrn Blant, und den Mitgliedern der Kolonne seinen wärmsten Dank für ihre erprießlichen Bemühungen auf dem Gebiete der Nächstenliebe aussprach. Herr Medizinalrath Dr. Walther feierte die Karlsruhe Gäste, worauf Herr Hofapotheker Stroebel Namens derselben und mit einem Hoch auf das Nothke Kreuz dankte.

Vom Bodensee, 2. Mai. Am 9., 10. und 11. Juni findet in Neberlingen der Gaurriegertag des Seegauverbandes der badiischen Militärverbände und die Entfaltung eines Kriegesdenkmals statt. — In Weersburg ist dieser Tage Herr Stadtpfarrer Schuß im 60. Jahre aus diesem Leben geschieden. Er war ein Mann von gründlichen Kenntnissen und edlem Charakter. Seine lokale und tolerante Gesinnung erwarben ihm die aufrichtige Sympathie der ganzen Bevölkerung, welche ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Badischer Landtag.

68. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Mittwoch, den 2. Mai 1900.

(Vorläufiger Bericht.)

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand der Antrag Muser und Genossen.

Die Zweite badische Kammer richtet an Großh. Regierung folgendes Ersuchen:

„Für den Fall, daß der Deutsche Reichstag die von der Reichstagsmehrheit vorgeschlagenen §§ 184 a und b der sogenannten lex Heinze annehmen sollte, wird die Großh. Regierung ersucht, den badischen Bundesrathsberechtigten die Instruktion zu ertheilen, daß diese gegen jene Paragraphen zu stimmen haben.“

Abg. Muser begründete den Antrag. Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Dr. Noff gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Die Großh. Regierung sei nicht in der Lage, heute über ihre Abstimmung gegenüber der sogenannten lex Heinze etwas Bestimmtes auszusprechen, sie müsse sich ihre Entscheidung vorbehalten, weil noch nicht feststehe, in welcher Fassung etwa die Vorlage wieder an den Bundesrath gelangen werde.“

Die Großh. Regierung habe jedoch bereits im Dezember 1895 gegen den § 184 Ziffer 3 der Regierungsvorlage, der heute im wesentlichen § 184 a. sei, ihre ersten Bedenken geltend gemacht, weil sie die Strafdrohung gegen den, welcher zu geschäftlichen Zwecken in arglistiger Weise Briefe, Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, die ohne unzüchtlich zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, an öffentlichen Plätzen u. s. w. ausstelle oder anschlage, als eine in der Fassung zu unbestimmte ansehe, wodurch dem subjektiven Geschmack und der Auslegung zu viel überlassen werde. Die Großh. Regierung sei der Ansicht, daß, was strafrechtliche Abhandlung verdiene, bereits durch den noch erweiterten § 184, welcher sich gegen das Unzüchtige richte, hinreichend getroffen werde. Sie glaube, daß sich für das in § 184 a. Gemeinte keine Fassung werde finden lassen, welche nicht den berechtigten Interessen der Kunst und des Kunsthandels eventuell zu nahe trete.

Den § 184 b, den sogenannten Theaterparagrafen, welcher durch den Reichstag in den Entwurf gekommen

sei, habe die Regierung in seiner ursprünglichen sehr weitgehenden Fassung für unannehmbar erklärt; auch in der nunmehrigen, wesentlich abgeschwächten Fassung erscheine die Bestimmung immer noch bedenklich und jedenfalls angefaßt der bestehenden Polizei- und Strafgesetze (§ 183 des Strafgesetzbuchs) wie auch der Herr Regierungsvertreter im Reichstag bemerkt habe, als völlig überflüssig.

Die ersten Bedenken der Großh. Regierung dauerten auch heute noch fort.

Das Haus tritt in die Berathung des Antrags ein.

An der Erörterung beteiligten sich die Abgg. Dr. Fieser, Hug, Dreesbach, Oberstaatsanwalt Frhr. v. Dusch, die Abgg. Zehnter, Dr. Heimburger und Fendrich.

Der Antrag wurde schließlich mit 28 gegen 18 Stimmen angenommen.

Die Cetrumsfraktion, sowie die Abgg. Kirchenbauer, Burckhardt und Mampel stimmten dagegen.

Schluß der Sitzung 1/2 1 Uhr.

* Karlsruhe, 2. Mai. 69. öffentliche Sitzung der

Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag, den 3. Mai 1900, Vormittags 9 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingänge
2. Berathung des Berichtes und des Nachtragsberichtes der Budgetkommission über das Spezialbudget der Verkehrsanstalten und zwar: 1. der Eisenbahnbetriebsverwaltung, 2. der Bodensee-Dampfschiffahrtverwaltung, 4. über den Anteil Badens am Reinetrag der Rhein-Neckar-Eisenbahn für die Jahre 1900 und 1901. Berichterstatter: Abg. Dr. Wilkens.

Die Pariser Weltausstellung.

(Telegramme.)

* Paris, 2. Mai. Präsident Loubet eröffnete gestern Nachmittag die Palais in den Champs Elyées, welche die Abtheilung der Schönen Künste umfassen. Der Präsident begann den Besuch in dem kleinen Palais, welches die Ausstellung der Kunst früherer Zeit enthält, Sämtliche Minister, die fremden Kommissare und Mitglieder der Diplomatie befanden sich im Gefolge. Nach der Besichtigung der Ausstellung im großen Palais, das einen Zeitraum von zehn Jahren umfaßt, kehrte Loubet, aus dem Elyées zurück. Auf dem Wege wurde der Präsident und seine Gemahlin mit den Rufen „Es lebe Loubet“, „Es lebe die Republik“ empfangen.

* Paris, 2. Mai. Präsident Loubet wurde gestern beim Rundgang durch den großen Kunstepalast am Eingang zur deutschen Abtheilung von dem deutschen Generalkommissar Richter begrüßt. Er besichtigte die deutsche Abtheilung mit großem Interesse und sprach Richter seine Bewunderung aus über die prächtige und stimmungsvolle Ausschmückung der deutschen Säle.

* Paris, 2. Mai. Gestern Abend starb der vierte der bei dem Einsturz am Sonntag Verunglückten. — Der „Figaro“ meldet, der Untersuchungsrichter habe den früheren Geschäftsführer der Unternehmer des Hinduborfes wieder auf freien Fuß gesetzt, dagegen beschlossen, den Unternehmer Masse, zu dessen Gunsten die ersten Konzeptionäre zurücktreten mußten, gerichtlich zu verfolgen. Unter den Papieren Masse's wurde ein auf den Namen eines Deputirten des Seine-Departements lautender Check über 20 000 Fres. gefunden. Es heißt, daß dieser in der Angelegenheit eine unlautere Rolle spielte.

* Paris, 2. Mai. Im Auftrage des Präsidenten Loubet besuchte ein Ordnungsoffizier die bei dem Unglück in der Weltausstellung Verletzten und vertheilte Hilfs-gelder. Infolge Aufforderung des Polizeipräsidenten Dupine ordnet der Generalkommissar der Ausstellung an, daß mehrere den Anforderungen an die Sicherheit nicht genügende Schaus-tellungen in der Ausstellung zu schließen seien.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

* Kapstadt, 1. Mai. Neutermeldung. Der Sekretär des Johannesburgs Hilfscomites Vincent, welcher ein Bürger des Orange-Freistaates ist, machte kürzlich dem Staatssekretär Reich einen Besuch und verhandelte mit ihm wegen der des Landes verwiesenen Ausländer. Reich erklärte, nicht nur alle britischen Staatsangehörigen, sondern auch die Deutschen, Amerikaner und sonstigen Ausländer, die sich weigerten die Waffen zu ergreifen und zu kämpfen würden allmählich ausgewiesen.

* London, 2. Mai. Lord Roberts meldet aus Bloemfontein vom 30. April: Die Buren waren am Samstag und am Sonntag sehr ausdauernd in ihren Angriffen rund um Thabanchu, aber die Stellung, welche General Kundle's Division inne hatte, ist sehr stark. General Kundle wurde durch die unter dem Oberbefehl des Generals French stehenden Kavalleriebrigaden Gordon und Dickon, sowie der Infanteriebrigade Smith-Dossien und einer Abtheilung berittener Infanterie unter Hamilton unterstützt.

* London, 2. Mai. Lord Roberts meldet von gestern aus Bloemfontein: General Hamilton ging gestern mit der berittenen Infanterie und Smith Dorriens Brigade von Thabanchu aus in nördlicher Richtung vor. Bei Hounbeek stellte sich ihm eine von Botha befehligte starke Truppenmacht entgegen, die im Laufe des Tages noch verstärkt wurde. Ich schickte Nachts General French von Thabanchu aus zur Verstärkung ab. French konnte dies thun, da die Burenstreitkräfte in der Nähe von Thabanchu sehr abnahmen. Heute müssen weitere

Verstärkungen bei Hamilton eingetroffen sein. Gestern verlor Hamilton etwa 30 Mann. Die zur 7. Division gehörige Brigade Maxwell besetzte gestern, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen, bei Blakfonters und Scharskraal einen Kranz Koppes. Nur die berittene Infanterie war einige Stunden lang in ein Gefecht verwickelt.

* **Chabandu**, 2. Mai. Die berittene Infanteriedivision Hamilton war gestern und heute in den Kampf verwickelt, um den Durchgang nach Houtnek nordwärts zu erzwingen. Der Feind hatte die Stellung auf den Hügeln besetzt, welche das Gelände an den Seiten des Passes beherrscht. Derselbe wurde angegriffen, mußte sich zurückziehen und den Durchgang frei geben. Das englische Lager wird so stark von den Buren besetzt, daß es nötig ist, dasselbe an einen sicheren Platz zu verlegen.

* **London**, 1. Mai. Die „Pall-Mall-Gazette“ meldet aus Mafeking vom 20. April: Die Buren sind seit mehreren Tagen damit beschäftigt, die Eisenbahnlinie südlich von Mafeking in die Luft zu sprengen. Auf eine Anfrage Roberts antworteten die städtischen Behörden, Mafeking könne sich noch einen Monat halten. Die Truppen sind guten Muths. Es sind einige leichtere Gebirgsstücke vorgekommen, im übrigen ist der Gesundheitszustand gut.

* **London**, 2. Mai. Die „Times“ melden aus Mafeking vom 19. April: Die Zahl der Belagerer beträgt jetzt 3000. Die Belagerung wird jetzt energisch betrieben. — „Daily Mail“ meldet aus Mafeking vom 17. April: 40 Eingeborene verletzten am 14. April Nachts, 80 Stück Vieh nach Mafeking zu bringen, wurden von den Buren aber dabei entdeckt. Sechs Eingeborene wurden verwundet, vier gefangen genommen und niedergemacht.

* **Amsterdam**, 2. Mai. Auf einem Diner, das zu Ehren der Buren-Deputation stattfand, brachte der Vorsitzende des Veranstaltungsausschusses einen Toast aus, worin er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Deputation sich ihrer Mission mit Erfolg entledigen werde. Fischer dankte für die Sympathie, die den Buren von dem Volke deselben Stammes entgegengebracht wurde. Weiter wurden Toaste auf Krüger und Steijn ausgebracht. De Bruyn, der Deputationssekretär, erklärte in einer Ansprache, daß vielleicht einige Buren, die lange von ihrem Wohnorte abwesend waren, zu einem kurzen Besuch nach Hause reisten, doch könne keine Rede davon sein, daß ganze Kommandos oder Abtheilungen der Freistaat- oder Transvaal-Buren auf ihre Güter sich zurückziehen könnten. Es sei völlig unrichtig, daß sie behauptet würde, die Freistaat-Buren im großen und ganzen sich unterworfen hätten.

* **Lissabon**, 2. Mai. Die Kammer verwarf einstimmig den Antrag Costa, an die Regierung eine Anfrage wegen des Durchmarsches der britischen Truppen durch portugiesisches Gebiet zu richten.

* **Savona**, 2. Mai. Die Studierenden der Universität beschloßen, gegen die Bewilligung des Durchzuges englischer Truppen von Betta nach Rhodeseis energisch Verwahrung einzulegen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Cronberg**, 2. Mai. Seine Majestät der Kaiser ist gestern Abend nach Station Wildpark abgereist. Bei der Abreise hat der Kaiser sein Wiederkommen für Mitte Sommer bestimmt in Aussicht gestellt.

* **Potsdam**, 2. Mai. Seine Majestät der Kaiser traf um 8^{1/4} Uhr heute Morgen auf Station Wildpark ein. Er begab sich nach dem Bornstädter Felde zu den Bataillonsbesichtigungen und gedenkt sodann beim Offiziercorps des ersten Garderegiments das Frühstück einzunehmen. Kurz darauf wird der Kaiser nach Berlin zurückkehren.

* **Berlin**, 1. Mai. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge haben für die Feier am 6. Mai ferner ihren Besuch am hiesigen Hofe angemeldet: Der Herzog-Regent von Mecklenburg-Schwerin, Fürst von Waldeck-Pyrmont, Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar als Vertreter des Großherzogs, sowie Prinz Ernst von Sachsen-Altenburg als Vertreter des Herzogs.

* **Berlin**, 2. Mai. Im Abgeordnetenhaus brachten Mendel-Steinfels und Frhr. v. Wangenheim einen Antrag ein, die Regierung aufzufordern, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf gegen Kontraktbruch ländlicher Arbeiter und Verteilung dazu einzubringen.

* **München**, 2. Mai. Ueber das Befinden Seiner Majestät des Königs Otto wurde gestern folgendes Bulletin ausgegeben:

Nachdem sich bei dem Könige seit zwei Jahren keinerlei krankhafte körperliche Erscheinungen wahrnehmen ließen, stellten sich am 21. April d. J. Schmerzen im Unterleibe ein, die später in der rechten Lungengegend sich bestimmter lokalisierten und durch Druck unter den rechten Rippenbogen auch jetzt noch hervorgerufen werden können. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß ein Zusammenhang zwischen den jetzigen Schmerzen und dem vor zwei Jahren beobachteten Blutstrome gegeben ist. Nach der Lage der Dinge handelt es sich um ein Concrement im rechten Nierenbecken. Im übrigen ist das Befinden zufriedenstellend und gibt zur Zeit zu ernstlichen Besorgnissen keinen Anlaß. Schloß Fürstentried, 1. Mai 1900. Ziemssen, Bauer, Angerer, Gräßler.

* **München**, 1. Mai. Gestern fand die standesamtliche Trauung der Prinzessin Mathilde von Bayern mit dem Prinzen von Koburg statt. Anwesend waren alle Mitglieder des bayerischen Königshauses, Herzog Alfred von Koburg-Gotha, Prinzessin Clementina und die übrigen fürstlichen Hochzeitsgäste des Koburg'schen Hauses. Nach der standesamtlichen Eheschließung durch den Ministerpräsidenten von Graillsheim hielt dieser die Ansprache, indem er die Verbindungen der Häuser Wittelsbach und Koburg feierte. Hierauf begaben sich die Fürstlichkeiten in feierlichem Zuge in die Allerheiligen-Kirche, wo in Anwesenheit der obersten Hof- und

Staatsbeamten und Generalität der Erzbischof von München die Trauung vollzog.

* **Sondershausen**, 2. Mai. Der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen ist gestern hier eingetroffen.

* **Amsterdam**, 2. Mai. Die deutsche Torpedobootsflottille passirte gestern Vormittag 10 Uhr Gorinckem. Die Musikpelle auf dem Kommandoschiffe spielte die holländische Hymne „Wilhelmus van Nassauwen“. Um halb 1 Uhr Nachmittags passirten die Schiffe unter klingendem Spiel Zaalt-Bomme. Die am Ufer versammelte Bevölkerung, welche mit Ausbrüchen der Bewunderung das ihr völlig neue Schauspiel der wie Delphine dahingehenden Torpedoboote aufnahm, brachte der Flottille Hochrufe dar.

* **Emmerich**, 2. Mai. Gestern Abend 7 Uhr traf die Torpedoboots-Flottille wohlbehalten hier ein.

* **Emmerich**, 2. Mai. Die Torpedobootsflottille trat heute Vormittag 10 Uhr die Weiterreise rheinaufwärts an.

* **Amsterdam**, 2. Mai. Da einige Blätter sich nicht an den am Sonntag gefassten Beschluß hielten, wegen des Aufstandes der Schriftsetzer ein gemeinsames mit der Maschine hergestelltes Blatt mit einem gemeinsamen Kopfe herauszugeben, werden die hauptsächlichsten Zeitungen wieder wie gewöhnlich erscheinen.

* **Wien**, 2. Mai. Die Beschlüsse mehrerer Landesvertretungen, welche die Wiederherstellung der Arbeitsthatigkeit des Reichsrathes im Interesse der wirtschaftlichen Vorlagen der Regierung verlangen, das Austreten aller bisherigen Bundesgenossen der Czechen scheinen ihren Eindruck auch in czechischen Kreisen nicht verfehlt zu haben, und es treten in Böhmen und Mähren immer lauter die Stimmen hervor, welche vor der Wiederannahme der czechischen Obstruktion warnen. Es ist bezeichnend, daß selbst die jungczechischen „Narodni Listy“ eingestehen, daß nicht bloß Südslaven und Polen, sondern selbst in Mähren zahlreiche Stimmen sich melden, welche im gegenwärtigen Kampfe die wirtschaftliche Parole ausgeben. Allerdings, meint das jungczechische Blatt, sei dies eben nur eine Parole, ein Manöver, das oft genug aufgeführt wurde, ohne daß die versprochenen Vortheile erfüllt worden wären. Die altczechische Prager „Politik“ bringt aber eine bemerkenswerthe Meldung, die zeigt, daß in der That der Beschluß über die Fortsetzung der Obstruktion im Jungczechentum noch nicht feststeht. In Form eines Situationsberichtes aus Wien wird der „Politik“ gemeldet, daß die Taktik der Vertreter des czechischen Volkes einzig und allein davon abhängig gemacht wird, ob der einbringende Sprachengesetzentwurf den ehrlichen Willen der Regierung befunden wird, den gerechten Forderungen des czechischen Volkes Rechnung zu tragen. Werden sich der Sprachengesetzentwurf nicht als eine bloße Paraphrase des deutschen Pflingstrogrammes präsentieren, und werde außerdem die Regierung den Einfluß auf die Deutschen insofern ausüben vermögen, daß sie jenen Forderungen des czechischen Volkes auch zustimmen, so werde die Obstruktion der Jungczechen taktisch nicht recht zu motivieren sein, es werde vielmehr ihre Pflicht sein, die Zuweisung des Sprachengesetzentwurfes an einen Ausschuß zu ermöglichen und dessen rasche Erledigung anzustreben. — Hierzu ist zu bemerken, daß die Altczechen zur Zeit in der Minderheit sind und ihre besten Absichten an dem Fanatismus der Radikalen scheitern.

* **Prag**, 2. Mai. Der Landtag nahm mit allen gegen die Stimmen der Deutschen den Antrag Kramar's an, alljährlich 20000 Kronen zum Ankauf von Kunstwerken zu bewilligen.

* **Brüssel**, 2. Mai. Bezüglich der Angelegenheit der Papagayener meldet der Generalgouverneur, die Untersuchung habe ergeben, daß sich Angehörige des Stammes bei den Vorkommnissen, die sich in der Gegend von Ybode ereigneten, strafbar gemacht hätten. Bezüglich der Verantwortlichkeit des Postenführers in Yulnaburg sei die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

* **London**, 1. Mai. Das Unterhaus ernannte eine Kommission zur Untersuchung der Verträge, die angeblich bei den Verträgen mit dem Kriegssamte vorgekommen sind.

* **Sulz**, 2. Mai. Hier haben ungefähr 600 Doctarbeiter die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine Lohnvermehrung von 1 Schilling.

* **Sofia**, 2. Mai. Fürst Ferdinand ist gestern Nachmittag mit seinen drei ältesten Kindern hier eingetroffen.

* **Konstantinopel**, 2. Mai. Der neue Orient-Expreszug Berlin-Budapest-Konstantinopel traf Nachmittags 2 Uhr 20 Minuten an der Grenze ein und wurde von einem Spezialgeleitenden des Ministers des Auswärtigen begrüßt. Am hiesigen Bahnhofe hatten sich zur Begrüßung Direktor Groß sowie das Personal der orientalischen Eisenbahnen eingefunden. Am Donnerstag wird der Sultan für die Theilnehmer an der Fahrt ein Diner im Sommerpalast veranstalten.

* **Konstantinopel**, 2. Mai. In der Angelegenheit der geplanten Zoll-erhöhungen hat die Pforte an die Botschafter eine Antwortnote gerichtet, in der es heißt, die Erhöhung der Zölle sei durch finanzielle Rücksichten nötig und habe provisorischen Charakter. Die Botschafter werden ersucht, ihre Delegirten behufs Verhandlungen mit der Pforte in Verbindung zu setzen, um zu einem Einvernehmen zu gelangen.

* **Konstantinopel**, 2. Mai. Das Gerücht, der neuernannte Wali von Tripolis, Zsmaïl Kemal, sei nach Europa geflohen, ist in dieser Form unrichtig. Zsmaïl süßte sich wegen seiner liberalen Gesinnung nicht sicher und begab sich heimlich auf das englische Stationschiff, wo er sich seit drei Tagen unter dem Schutze der englischen Botschaft befindet. Heute soll Zsmaïl an Bord eines englischen Schiffes die Reise nach Europa antreten. Der Vorfall erregt hier großes Aufsehen.

* **Suenos Ayres**, 1. Mai. Neuntermeldung. Der Kongreß wurde heute mit einer Botschaft eröffnet, in welcher der Präsident erklärt, die auswärtigen Beziehungen seien ausgeglichen. Die Feststellung der Grenzen gehe fortgesetzt ohne

Störung vor sich. Der Präsident anerkennt den von der chilenischen Regierung gezeigten guten Willen und theilt mit, daß mit verschiedenen Staaten Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen seien. Die ungünstige Finanzlage verhinde Argentinien, sich an der Pariser Weltausstellung zu betheiligen. Die Einkünfte des Staatsschatzes hätten 1899 um 38 Millionen Pfaster die von 1898 überschritten. Die Botschaft verspricht weitere Ersparnisse, welche gestatten würden, den Zinsdienst der auswärtigen Schuld in sorgfältiger Weise fortzusetzen und die Amortisation wieder aufzunehmen, die in den letzten fünf Jahren unterblieben sei.

* **Yokohama**, 1. Mai. Der Kaiser besichtigte gestern 30 Kriegsschiffe bei Kobe.

* **Yokohama**, 2. Mai. Nach Berichten aus Seoul lehnt die koreanische Regierung die amerikanische Forderung auf drei Mienenkonzessionen ab.

Verschiedenes.

† **Bonn**, 2. Mai. (Telegr.) Der Maler Munkacsy ist in der Heilanstalt Endenich bei Bonn gestorben. Michael von Munkacsy, eigentlich Dieb, ungarischer Maler, geboren 20. Februar 1844 zu Munkacs, Sohn eines Tischlers und anfangs in diesem Handwerk erzogen, ging er nach Wien, hierauf nach München, um sich zum Maler auszubilden. 1867 begab er sich nach Düsseldorf. Seit 1879 lebte er in Paris, wo er vom Genre zur monumentalen religiösen Malerei überging. Seit 1892 war er mit dem Kolossalbilde: Besitzergreifung Ungarns durch den großen Arpad, für den Sitzungssaal des neuen Parlamentsgebäudes in Budapest beschäftigt. Er wurde in den österreichischen Adelsstand erhoben und erhielt die große goldene Medaille der Berliner Ausstellung. Nach Budapest zurückgekehrt, wurde er 1895 zum Oberlandes-Kunstkonservator ernannt. 1896 vollendete er sein neuestes Kolossalgemälde „Eccos homo“. Später verfiel der geniale Künstler in geistige Krankheit.

† **Ludwigshafen**, 1. Mai. In diesen Tagen wurde seitens der Königl. Regierung der neugegründeten „Pfälzisch-badischen Kranken- und Begräbnis-Kasse für Handwerker und Arbeiter“ der Charakter einer eingetragenen Hilfskasse verliehen. In die Kasse finden gesunde Personen beiderlei Geschlechts vom 16. bis 60. Lebensjahre jederzeit Aufnahme, jedoch kann in zweifelhaften Fällen die Beibringung eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Die Beiträge, welche gegenüber den bereits nach dem zweiten Monat nach erfolgter Aufnahme zu gewährenden Unterstüzungen sehr nützlich sind, versichern die Mitglieder im Krankheitsfalle mit einem der jeweiligen Versicherungsstufe entsprechenden täglichen (auch Sonntags) auszahlbaren Krankengeld von 1 bis 5 M. und im Falle des Todes mit einem Begräbnisgeld von 35 bis 100 M. Auch wird bei der Kasse der Vereinscharakter dadurch völlig gewahrt, daß an Orten, an welchen mindestens zehn Mitglieder wohnen, örtliche Verwaltungsstellen mit eigenem Vorstand errichtet werden. — Interessenten, welche genehmigt sind, durch Beitritt und Mitwirken das gemeinnützige Unternehmen zu fördern, wollen bezügliche Anfragen an den „Vorstand der Pfälzisch-badischen Krankenkasse“ zu Ludwigshafen a. Rh., welcher zu jeder Auskunft gerne bereit ist, richten.

† **Paris**, 2. Mai. (Telegr.) Der ehemalige Senator Eduard Bogher, der Vertrauensmann des Prinzen v. Orleans, ist heute Vormittag gestorben.

† **Brüssel**, 2. Mai. (Telegr.) Gestern fuhr in der Nähe des Bahnhofs Hivemont ein Güterzug in einen anderen Güterzug. Mehrere Wagen wurden stark beschädigt, eine Maschine zertrümmert. Infolge des Unfalles erlitten der Sonderzug der Prinzessin von Wales, der sich auf der Fahrt von Köln nach Calais befand und der Expreszug Wien-Vienna bedeutende Verzögerungen.

† **St. Petersburg**, 2. Mai. (Telegr.) Wie der Kriegsminister bekannt macht, wird auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers die Feier der Erinnerung an die 100. Wiederkehr des Todesstages des Feldmarschalls Suworow in der Zeit vom 4. bis 12. Mai stattfinden. Die Feier wird unter anderem darin bestehen, daß bei allen Truppeneinheiten und militärischen Lehranstalten eine Belagerung über das Leben Suworow's gegeben wird.

† **Dscheddah**, 2. Mai. (Telegr.) Vom 26. bis 29. April sind sieben Pestfälle vorgekommen, von denen fünf tödtlich verliefen. Gestern wurden zwei neue Fälle bekannt.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 3. Mai. Abth. B. 51. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Cyprienne“, Lustspiel in 3 Akten von Victorien Sardou und E. de Najac. Deutsch von Oskar Blumenthal. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Im Hof- und Nationaltheater Mannheim:

Donnerstag, 3. Mai. Außer Abonnement. Gesamtgastspiel der Großh. Hofoper Karlsruhe: Zum erstenmal: „Beatrice und Benedict“, Oper in 2 Aufzügen nach Shakespeare, Text und Musik von F. Verlog, deutsche Uebersetzung von Richard Pohl, die Regitative von G. zu Putlitz und Felix Mottl. — Zum erstenmal: „Pan im Busch“, Tanzspiel in 1 Akt von Otto Julius Bierbaum, Musik von Felix Mottl. Anfang halb 7 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureau für Meteorologie u. Hyd. vom 2. Mai 1900.

Während die Depression, welche gestern vor der mitteleuropäischen Küste gelegen war, nach dem nördlichen Ausland weitergezogen ist, hat sich über Mitteleuropa ein barometrisches Maximum entwickelt; in dessen Bereich ist das Wetter meist heiter und dabei, besonders in Norddeutschland, kühl. Nördlich von Schottland ist eine ziemlich tiefe Depression erschienen, welche — nach Verdrängen des hohen Druckes auf den Osten, ihren Wirkungsbereich binnenwärts auszudehnen scheint; es ist deshalb bewölkt mit Regenfällen und nachfolgende Abkühlung zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind	Himmel
1. Nachts 9 ⁰⁰ U.	752.9	14.4	7.7	65	SE	bedeckt
2. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	753.1	9.4	7.2	82	NE	heiter
2. Mittags 2 ⁰⁰ U.	750.1	21.4	7.1	38	E	bedeckt

Höchste Temperatur am 1. Mai: 19.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.4.

Niederschlagsmenge des 1. Mai: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 1. Mai: 4.08 m, gestiegen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

500 M. a. d. M. **Bad Antogast** Bahnstation Oppenau.

Mineralbad und Luftkurort im badischen Schwarzwald.

In prachtvollster, geschützter Lage, inmitten ausgedehnter Tannenwälder mit zahlreichen, wohlgepflegten, bequemen Promenadenwegen. Ozonreiche, staubfreie Gebirgsluft. Die altberühmten **Eisen-, Magnesia- u. Natron-Säuerlinge**, Vichy u. Wildungen ebenbürtig, und welche sich durch den scharf hervortretenden Gehalt an **doppeltkohlensaurem Natron u. Magnesia** von den Quellen der Nachbarbäder wesentlich unterscheiden, sind ihrer **Leichtverdaulichkeit** wegen von ersten medizinischen Autoritäten empfohlen und mit bestem Erfolge angewandt gegen: **Chronische Katarrhe des Magens** und seiner Adnexe; ferner bei: Hämorrhoidalleiden, chron. Erkrankungen der Nieren und der Blase, Anschoppung der Leber, Gelbsucht, Gallensteinen. Ferner: **Bleichsucht und Blutarmuth** und darauf beruhenden Erkrankungen der **weiblichen Geschlechtsorgane** mit krankhaften Ausscheidungen und Ausflüssen nebst den daraus folgenden nervösen Störungen. Vorzüglichster Platz für **Reconvalescenten**. **Diätetische Kuren** nach Dr. Wiel für Magen- u. Nierenleidende. Bäder jeder Art. **Pension**. Kath. und evangel. Gottesdienst. Jagd. Forellenfischerei.

Prospecte durch Badearzt **Dr. Moog**, sowie den Eigenthümer: **Max Huber**.

Mineralwasser-Versand im letzten Jahre: 105,000 Flaschen.

Gesellschaft für elektrische Industrie
Karlsruhe, Baden.

Ingenieur-Bureau Essen (Ruhr), Düsseldorf, Mannheim und Mailand. 3-309.6

Dynamomaschinen und Elektromotoren.
Elektrische Licht- und Kraftanlagen.
Elektrische Bahnen.

Kürzeste Lieferzeit.

Project-Bearbeitung u. Ingenieurbesuch unentgeltlich.

Pelz- und Wollwaren
werden gegen **Mottenschaden unter Feuerversicherung** in Verwahrung genommen bei **Aug. Sauerwein, vorm. Herm. Lanquillon, Lammstrasse 2, Ecke des Birkfelds.** [A.634.1]

BADEN-BADEN.
Hôtel, Pension und Luftkurhaus
Zum Korbmatfelsen
20 Minuten vom Conversationshause.

Geschützte Lage direkt am Walde. — Telefon Nr. 128. — Durch Neubau bedeutend vergrößert. — Selbstgezeugene Weine. — Flaschenbier. — Pension nach Uebereinkunft. — Freundliche Zimmer. — Aufmerksam Bedienung. [A.75.4]

Besitzer: **J. J. Froehlich.**

Vor den bevorstehenden **Sommerreisen** empfehlen wir dringend, Hausmobilien und Werthgegenstände gegen **Einbruch und Diebstahl** bei der **Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft** zu versichern. Die Bedingungen sind liberal und frei von Gärten.

Coupon-Police für Haushaltungen bis zum Werthe von

M. 10,000	Jahresprämie M. 5.—
" 20,000	do. " 10.—
" 30,000	do. " 15.—

Prospecte werden auf Wunsch **kostenlos** zugesandt. Auskunft erteilen die Agenten der Gesellschaft und die General-Agentur **Ottomar Albas, Wismarstraße 37a.** [A.429.3]

2 Ponny's
sind mit **Chaisen u. Zuggeschirren** zusammen oder einzeln **billig** zu verkaufen. Näheres unter **A. 656** i. d. Exp. d. Bl.

Ausschreiben!
Bei dem adeligen **Albert. Karolinen-Stift** dahier ist eine Präbende von 600 fl. = 1028 M. 57 Pf. zu vergeben.

Bewerbungen um dieselbe sind unter Nachweisung:

- der Verwandtschaft mit den Stiftern, sowie
- unter Vorlage von Geburtschein,
- Sittenzugnis,
- Einem glaubwürdigen amtlich belegten Nachweis der Vermögensverhältnisse

bis zum **15. Juni d. J.** schriftlich portofrei bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Freiburg i. B., den 1. Mai 1900.

Präsidium der Executorie des Albert. Karolinen-Stifts.
Freiherr Rind v. Baldenstein.

Schreibgehilfe
zu sofortigem Eintritt gesucht. Jahresvergütung 600 Mark. Aktuariatsincentiven bevorzugt. Bewerber wollen Zeugnisse vorlegen.

Philippshaus, den 1. Mai 1900.
Groß. Notariat:
Rischael. [A.649.1]

Bürgerliche Rechtsstreite.
Zwangsvollstreckung. [A.347.2] Pfullendorf.

II. Liegenschafts-Versteigerung.

Infolge richterlicher Verfügung wird am **Donnerstag, den 10. Mai 1900, Nachmittags 3 Uhr**, im Rathhaus zu Pfullendorf die nachbeschriebene Liegenschaft der Kaufmann **Otto Bösch** Ehefrau **Klara**, geb. **Vollmar** von Pfullendorf, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, öffentlich zu Eigentum versteigert. Der endgültige Zuschlag erfolgt, auch wenn der Schätzungspreis nicht erreicht wird. Die übrigen Versteigerungsbedingungen können beim Unterzeichneten eingesehen werden.

Gemarkung Pfullendorf.
Lsg. Nr. 22: 6 a 7 qm Hofraithe, Gewann Stadtecker. Auf der Hofraithe steht ein dreistöckiges Wohnhaus mit Kaufladen, Magazin und vier Felsenkellern, taxirt zu 30000 M. Dreißigtausend Mark.

Das Anwesen ist mitten in der Stadt an der Hauptstraße vom Bahnhof aus gelegen und sowohl infolge seiner Lage als auch wegen der geräumigen Lokalitäten zum Betrieb eines Handelsgewerbes jeder Art geeignet. Da zum Wohnhaus massive, geräumige Felsenkeller gehören, so könnte in dem Anwesen auch mit Erfolg eine Weinhandlung betrieben werden.

Pfullendorf, den 18. März 1900.
Groß. Notariat:
Schanno.

Bekanntmachung.
Infolge richterlicher Verfügung wird am **Mittwoch, den 9. Mai 1900, Vorm. 9 Uhr**, im Rathhaus dahier die nachbeschriebene Liegenschaft des Buchbinders **Karl Heuber** dahier öffentlich zu Eigentum versteigert.

Der endgültige Zuschlag erfolgt, auch wenn weniger als der Schätzungspreis geboten wird.

Die übrigen Versteigerungsbedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Gemarkung Stadt Rehl:
Lsg. Nr. 182: 4 ar 02 qm Hofraithe und 3 ar 39 qm Hausgarten, Schätzungspreis 12,000 M. Im Stadtecker, einerseits neben **Emil Spitzmüller**, Sattler und Tapezierer, und Abraham Bodenheimer, Handelsmann, andererseits neben **Josef Wertheimer**, Handelsmann, **Christof Harter**, Schneider, und **Johann Jungblut**, Kürschner, mit auf der Hofraithe stehenden Gebäuden: **Haus Nr. 25** in der Hauptstraße:

- a) Wohngebäude, 2stöckig, mit Eisenbalkenteller, Kaufladen und Dachzimmer;
- b) erster Seitenbau links mit Werkstätte und Wohnung, 2stöckig;
- c) zweiter Seitenbau links mit Magazin, 1 1/2stöckig;
- d) Remise mit Abtritt, 1stöckig;
- e) Waschküche mit Schopf, 1 1/2stöckig;

Brandversicherungsschlag 14,800 M., Schätzungspreis 18,000 M. Summa 30,000 M.

Rehl, den 20. April 1900.
Groß. Notariat:
Dr. Müller.
Strafgerichtspflege.

Lsgung.

A.278.3 Nr. 14486. Freiburg.

1. Der am 8. Oktober 1878 in Gilmwald geborene, zuletzt in Freiburg wohnhafte **Emil Binz**,
2. der am 1. Juni 1879 in Mühlhausen geborene, zuletzt in Brach wohnhafte **Albert Schwegler**,
3. der am 13. November 1877 in Kaltenbach geborene, zuletzt in Malsburg wohnhafte **Robert Wäsch**,
4. der am 25. April 1877 in Schliengen geborene, zuletzt in Mengen wohnhafte **Hermann Hasler**,
5. der am 5. Mai 1877 in Ehrenstetten geborene, zuletzt daselbst wohnhafte **Emil Nagelstein**,
6. der am 6. Oktober 1877 in Ehrenstetten geborene, zuletzt daselbst wohnhafte **Hermann Stöckle**,
7. der am 3. Januar 1877 in Krozingen geborene, zuletzt dort wohnhafte **Julius Hauser**,
8. der am 2. Januar 1877 in Freiburg geborene, zuletzt dort wohnhafte **Wilhelm Bauer**,
9. der am 14. Juli 1876 in Gengenbach geborene, zuletzt in Freiburg wohnhafte **Karl Förger**,
10. der am 14. Februar 1879 in Tübingen geborene, zuletzt in Gundelfingen wohnhafte **Adolf Raiber**,
11. der am 4. März 1877 in Freiburg geborene, zuletzt in Reichenbach wohnhafte **Josef Säbele**,

12. der am 24. März 1877 in Freiburg geborene, zuletzt daselbst wohnhafte **Albert Schmid**,

13. der am 23. August 1877 in Freiburg geborene, zuletzt daselbst wohnhafte **Karl Ludwig Schweiher**,

14. der am 10. Juli 1877 in Au geborene, zuletzt in Feldkirch wohnhafte **Franz Wunderle**,

15. der am 10. Juni 1876 in Dittishausen geborene, zuletzt dort wohnhafte **Karl Kägele**,

16. der am 31. Dezember 1871 in Saig geborene, zuletzt dort wohnhafte **Paul Siegwarth**,

17. der am 8. Februar 1877 in Karlsruhe geborene, zuletzt in Freiburg wohnhafte **Emil Adolf Karher**, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Abt. sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben. Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des R. St. G. B's.

Dieselben werden auf **Samstag den 9. Juni 1900, Vormittags 9 Uhr**, vor die II. Strafkammer des Gr. Landgerichts Freiburg zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Civilvorstand der Gefangenkommission zu Freiburg, Neustadt, Mühlheim, Staußen, Offenburg, Karlsruhe, Mühlhausen und Tübingen über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärung verurtheilt werden.

Freiburg, den 12. April 1900.
Jungmanns,
Groß. Staatsanwaltschaft.
Ladung.

A.591.1. Nr. 11198. Lörrach.

1. **Karl Friedrich Maier**, Tagelöhner, geb. am 15. August 1863 zu Fährnau, zul. wohnhaft in Brach,
2. **Josef Wasmer**, Tagelöhner, geb. am 6. Januar 1864 zu Basel, zul. wohnhaft zu Fährnau, beide s. Bt. an unbekanntem Ort abwesend,
3. **Alfred Ferg**, Kaufmann, geb. am 19. September 1870 zu Beben, ohne Wohnort in Deutschland, werden beschuldigt, daß sie, und zwar

- a) **Maier** und **Wasmer** als Wehrmänner der Landwehr II. Aufgebots, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben,
- b) **Ferg** als Ersatzreservepflichtiger ohne Erlaubniß ausgewandert sind.

Uebertretung gegen § 360 B. 3 R. St. G. B. in Verb. mit § 11 R. G. vom 11. 2. 1888 betr. Abändg. der Wehrpflicht.

Dieselben werden auf Anordnung **Groß. Amtsgerichts** hierseits auf **Mittwoch den 27. Juni 1900, Vormittags 8 Uhr**, vor das Großherzogliche Schöffengericht Brach geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der in § 472 Strafprozeßordnung bezeichneten Erklärung des Rgl. Bezirkskommandos Brach verurtheilt werden.

Brach, den 23. April 1900.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Bekanntmachung.
Zur Vermeidung von Streitigkeiten wird hiermit bekanntgemacht, daß die **Versteigerung** der **Liegenschaft** des **Kaufmanns** **Josef Wertheimer**, Handelsmann, in **Freiburg**, **Neustadt**, **Mühlheim**, **Staußen**, **Offenburg**, **Karlsruhe**, **Mühlhausen** und **Tübingen** über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärung verurtheilt werden.

Freiburg, den 12. April 1900.
Jungmanns,
Groß. Staatsanwaltschaft.
Ladung.

A.591.1. Nr. 11198. Lörrach.

1. **Karl Friedrich Maier**, Tagelöhner, geb. am 15. August 1863 zu Fährnau, zul. wohnhaft in Brach,
2. **Josef Wasmer**, Tagelöhner, geb. am 6. Januar 1864 zu Basel, zul. wohnhaft zu Fährnau, beide s. Bt. an unbekanntem Ort abwesend,
3. **Alfred Ferg**, Kaufmann, geb. am 19. September 1870 zu Beben, ohne Wohnort in Deutschland, werden beschuldigt, daß sie, und zwar

- a) **Maier** und **Wasmer** als Wehrmänner der Landwehr II. Aufgebots, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben,
- b) **Ferg** als Ersatzreservepflichtiger ohne Erlaubniß ausgewandert sind.

Uebertretung gegen § 360 B. 3 R. St. G. B. in Verb. mit § 11 R. G. vom 11. 2. 1888 betr. Abändg. der Wehrpflicht.

Dieselben werden auf Anordnung **Groß. Amtsgerichts** hierseits auf **Mittwoch den 27. Juni 1900, Vormittags 8 Uhr**, vor das Großherzogliche Schöffengericht Brach geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der in § 472 Strafprozeßordnung bezeichneten Erklärung des Rgl. Bezirkskommandos Brach verurtheilt werden.

Brach, den 23. April 1900.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Bekanntmachung.
Zur Vermeidung von Streitigkeiten wird hiermit bekanntgemacht, daß die **Versteigerung** der **Liegenschaft** des **Kaufmanns** **Josef Wertheimer**, Handelsmann, in **Freiburg**, **Neustadt**, **Mühlheim**, **Staußen**, **Offenburg**, **Karlsruhe**, **Mühlhausen** und **Tübingen** über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärung verurtheilt werden.

Freiburg, den 12. April 1900.
Jungmanns,
Groß. Staatsanwaltschaft.
Ladung.

A.591.1. Nr. 11198. Lörrach.

1. **Karl Friedrich Maier**, Tagelöhner, geb. am 15. August 1863 zu Fährnau, zul. wohnhaft in Brach,
2. **Josef Wasmer**, Tagelöhner, geb. am 6. Januar 1864 zu Basel, zul. wohnhaft zu Fährnau, beide s. Bt. an unbekanntem Ort abwesend,
3. **Alfred Ferg**, Kaufmann, geb. am 19. September 1870 zu Beben, ohne Wohnort in Deutschland, werden beschuldigt, daß sie, und zwar

- a) **Maier** und **Wasmer** als Wehrmänner der Landwehr II. Aufgebots, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben,
- b) **Ferg** als Ersatzreservepflichtiger ohne Erlaubniß ausgewandert sind.

Uebertretung gegen § 360 B. 3 R. St. G. B. in Verb. mit § 11 R. G. vom 11. 2. 1888 betr. Abändg. der Wehrpflicht.

Dieselben werden auf Anordnung **Groß. Amtsgerichts** hierseits auf **Mittwoch den 27. Juni 1900, Vormittags 8 Uhr**, vor das Großherzogliche Schöffengericht Brach geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der in § 472 Strafprozeßordnung bezeichneten Erklärung des Rgl. Bezirkskommandos Brach verurtheilt werden.

Brach, den 23. April 1900.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Bekanntmachung.
Zur Vermeidung von Streitigkeiten wird hiermit bekanntgemacht, daß die **Versteigerung** der **Liegenschaft** des **Kaufmanns** **Josef Wertheimer**, Handelsmann, in **Freiburg**, **Neustadt**, **Mühlheim**, **Staußen**, **Offenburg**, **Karlsruhe**, **Mühlhausen** und **Tübingen** über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärung verurtheilt werden.

Freiburg, den 12. April 1900.
Jungmanns,
Groß. Staatsanwaltschaft.
Ladung.

A.591.1. Nr. 11198. Lörrach.

1. **Karl Friedrich Maier**, Tagelöhner, geb. am 15. August 1863 zu Fährnau, zul. wohnhaft in Brach,
2. **Josef Wasmer**, Tagelöhner, geb. am 6. Januar 1864 zu Basel, zul. wohnhaft zu Fährnau, beide s. Bt. an unbekanntem Ort abwesend,
3. **Alfred Ferg**, Kaufmann, geb. am 19. September 1870 zu Beben, ohne Wohnort in Deutschland, werden beschuldigt, daß sie, und zwar

- a) **Maier** und **Wasmer** als Wehrmänner der Landwehr II. Aufgebots, ohne von ihrer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben,
- b) **Ferg** als Ersatzreservepflichtiger ohne Erlaubniß ausgewandert sind.

Uebertretung gegen § 360 B. 3 R. St. G. B. in Verb. mit § 11 R. G. vom 11. 2. 1888 betr. Abändg. der Wehrpflicht.

Dieselben werden auf Anordnung **Groß. Amtsgerichts** hierseits auf **Mittwoch den 27. Juni 1900, Vormittags 8 Uhr**, vor das Großherzogliche Schöffengericht Brach geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der in § 472 Strafprozeßordnung bezeichneten Erklärung des Rgl. Bezirkskommandos Brach verurtheilt werden.

Brach, den 23. April 1900.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Appel.

Versteigerung von Bauarbeiten.
Für den Neubau eines Aufseherwohngebäudes mit Waschküche und Holzremise und eines Tabaktrafenschuppens beim polizeilichen **Arbeitshaus in Kielau** sollen die folgenden Arbeiten auf dem Wege des öffentlichen Ausschreibens, vorbehaltlich landständischer Genehmigung, vergeben werden:

1. Grab- und Maurerarbeiten M. 13757.55
2. Cementarbeiten " 1816.88
3. Dachdeckerarbeiten " 1430.46
4. Verputzarbeiten " 1655.36
5. Rothe Steinhauerarbeiten (Fingsthaler) " 1623.82
6. Gelbe oder rothe Steinhauerarbeiten " 3863.71
7. Zimmerarbeiten M. 7102.04
8. Schreinerarbeiten " 3084.60
9. Glaserarbeiten " 1159.40
10. Schlosserarbeiten " 3495.30
11. Eichenlieferung " 908.75
12. Blechenerarbeiten " 1508.05
13. Anstreicherarbeiten " 945.47
14. Tapezierarbeiten " 249.98
15. Flößerarbeiten " 606.44

Arbeitsauszüge, Pläne und Bedingungen liegen auf unterm Geschäftszimmer zur Einsicht offen, daselbst sind auch Angebotsformulare gegen Erich der Vervielfältigungsstellen erhältlich. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, **spätestens am 10. Mai d. J.** bei uns einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote findet am **11. Mai d. J.**, Vormittags 9 Uhr, in unterm Geschäftszimmer statt.

Bruchsal, den 20. April 1900.
Gr. Bezirksbauinspektion:
Lang. [A.319.2]

Versteigerung von Bauarbeiten.
Für den Neubau eines Aufseherwohngebäudes mit Waschküche und Holzremise und eines Tabaktrafenschuppens beim polizeilichen **Arbeitshaus in Kielau** sollen die folgenden Arbeiten auf dem Wege des öffentlichen Ausschreibens, vorbehaltlich landständischer Genehmigung, vergeben werden:

1. Grab- und Maurerarbeiten M. 13757.55
2. Cementarbeiten " 1816.88
3. Dachdeckerarbeiten " 1430.46
4. Verputzarbeiten " 1655.36
5. Rothe Steinhauerarbeiten (Fingsthaler) " 1623.82
6. Gelbe oder rothe Steinhauerarbeiten " 3863.71
7. Zimmerarbeiten M. 7102.04
8. Schreinerarbeiten " 3084.60
9. Glaserarbeiten " 1159.40
10. Schlosserarbeiten " 3495.30
11. Eichenlieferung " 908.75
12. Blechenerarbeiten " 1508.05
13. Anstreicherarbeiten " 945.47
14. Tapezierarbeiten " 249.98
15. Flößerarbeiten " 606.44

Arbeitsauszüge, Pläne und Bedingungen liegen auf unterm Geschäftszimmer zur Einsicht offen, daselbst sind auch Angebotsformulare gegen Erich der Vervielfältigungsstellen erhältlich. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, **spätestens am 10. Mai d. J.** bei uns einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote findet am **11. Mai d. J.**, Vormittags 9 Uhr, in unterm Geschäftszimmer statt.

Bruchsal, den 20. April 1900.
Gr. Bezirksbauinspektion:
Lang. [A.319.2]

Versteigerung von Bauarbeiten.
Für den Neubau eines Aufseherwohngebäudes mit Waschküche und Holzremise und eines Tabaktrafenschuppens beim polizeilichen **Arbeitshaus in Kielau** sollen die folgenden Arbeiten auf dem Wege des öffentlichen Ausschreibens, vorbehaltlich landständischer Genehmigung, vergeben werden:

1. Grab- und Maurerarbeiten M. 13757.55
2. Cementarbeiten " 1816.88
3. Dachdeckerarbeiten " 1430.46
4. Verputzarbeiten " 1655.36
5. Rothe Steinhauerarbeiten (Fingsthaler) " 1623.82
6. Gelbe oder rothe Steinhauerarbeiten " 3863.71
7. Zimmerarbeiten M. 7102.04
8. Schreinerarbeiten " 3084.60
9. Glaserarbeiten " 1159.40
10. Schlosserarbeiten " 3495.30
11. Eichenlieferung " 908.75
12. Blechenerarbeiten " 1508.05
13. Anstreicherarbeiten " 945.47
14. Tapezierarbeiten " 249.98
15. Flößerarbeiten " 606.44

Arbeitsauszüge, Pläne und Bedingungen liegen auf unterm Geschäftszimmer zur Einsicht offen, daselbst sind auch Angebotsformulare gegen Erich der Vervielfältigungsstellen erhältlich. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, **spätestens am 10. Mai d. J.** bei uns einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote findet am **11. Mai d. J.**, Vormittags 9 Uhr, in unterm Geschäftszimmer statt.

Bruchsal, den 20. April 1900.
Gr. Bezirksbauinspektion:
Lang. [A.319.2]

Versteigerung von Bauarbeiten.
Für den Neubau eines Aufseherwohngebäudes mit Waschküche und Holzremise und eines Tabaktrafenschuppens beim polizeilichen **Arbeitshaus in Kielau** sollen die folgenden Arbeiten auf dem Wege des öffentlichen Ausschreibens, vorbehaltlich landständischer Genehmigung, vergeben werden:

1. Grab- und Maurerarbeiten M. 13757.55
2. Cementarbeiten " 1816.88
3. Dachdeckerarbeiten " 1430.46
4. Verputzarbeiten " 1655.36
5. Rothe Steinhauerarbeiten (Fingsthaler) " 1623.82
6. Gelbe oder rothe Steinhauerarbeiten " 3863.71
7. Zimmerarbeiten M. 7102.04
8. Schreinerarbeiten " 3084.60
9. Glaserarbeiten " 1159.40
10. Schlosserarbeiten " 3495.30
11. Eichenlieferung " 908.75
12. Blechenerarbeiten " 1508.05
13. Anstreicherarbeiten " 945.47
14. Tapezierarbeiten " 249.98
15. Flößerarbeiten " 606.44

Arbeitsauszüge, Pläne und Bedingungen liegen auf unterm Geschäftszimmer zur Einsicht offen, daselbst sind auch Angebotsformulare gegen Erich der Vervielfältigungsstellen erhältlich. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, **spätestens am 10. Mai d. J.** bei uns einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote findet am **11. Mai d. J.**, Vormittags 9 Uhr, in unterm Geschäftszimmer statt.

Bruchsal, den 20. April 1900.
Gr. Bezirksbauinspektion:
Lang. [A.319.2]

A.653.1. Nr. 3699. Heidelberg.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die nachverzeichneten Arbeiten zum **Aufbau für weitere Geschäftsräume im Technischen Verwaltungsgelände im Bahnhof Heidelberg** sollen im öffentlichen Verdingungsweg vergeben werden.

Die Arbeiten sind veranschlagt:

1. Maurerarbeit 963 M.
2. Verputzarbeit 534 "
3. Zimmerarbeit 1292 "
4. Schreinerarbeit 832 "
5. Glaserarbeit 116 "
6. Schlosserarbeit 120 "
7. Blechenerarbeit 322 "
8. Dachdeckerarbeit (Holz- cement) 347 "
9. Anstreicherarbeit 233 "

Pläne und Bedingungenheft liegen auf diesseitigem Hochbauamt zur Einsicht auf und werden Arbeitsbescheide zum Einsetzen der Uebernahmepreise daselbst abgegeben.

Die Angebote sind längstens bis **Samstag den 12. Mai d. J., Morgens 9 Uhr**, mit der Aufschrift **„Verwaltungsgebäude Heidelberg“** versehen, bei mir einzureichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Heidelberg, den 30. April 1900.
Der Groß. Bauamtsinspektor II.

A.421.2. Karlsruhe.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir verdingen die Lieferung von 9800 t Rußkohlen I (Zeit- und Flammkohlen),

720 t Zeitrußkohlen II,
480 t Anthrazitrußkohlen,
1440 t Schmelzrußkohlen,
1500 t Koks.

Angebote mit der Aufschrift **„Rußkohlen“** versehen, sind längstens bis **Dienstag, den 8. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr**, bei der unterzeichneten Stelle einzureichen, von welcher auch die Bedingungen und Angebotsbogen zu beziehen sind.

Zuschlagsfrist 2. Juni d. J.
Karlsruhe, den 23. April 1900.
Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

A.661. Karlsruhe.
Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.

Zum 8. Fest des Südwestdeutschen Verbandesgütertarifs (Waben-Pfals) ist mit Gültigkeit vom 1. Mai 1900 der Nachtrag X ausgegeben worden. Derselbe enthält insbesondere die Einbeziehung der Station Mannheim Industriehafen der Badischen Staats-Eisenbahnen in die allgemeinen und Ausnahmestellen.

Für den Frachtfußgüterverkehr wird die Station Mannheim Industriehafen erst zu einem späteren, noch zu bestimmenden Zeitpunkt eröffnet.

Karlsruhe, den 30. April 1900.
Namens der Verbandsverwaltungen:
Groß. Generaldirektion.
der Bad. Staats-Eisenbahnen.

A.662. Karlsruhe.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. Mai 1900 wird zum Badischen Binnengüter-Tarif der Nachtrag IX ausgegeben. Er enthält die seit Erscheinen des Nachtrags VII bekannt gegebenen Änderungen und Ergänzungen des Haupttarifs, Ergänzung der besonderen Bestimmungen zur Verkehrs-Ordnung und zum Nebengebühren-Tarif, sowie Änderungen und Ergänzungen der Ausnahmestellen für die Station Rehl.

Die Bestimmungen, welche die Verkehrs-Ordnung ergänzen, sind von der Landesaufsichtsbehörde genehmigt.

Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen.
Karlsruhe, den 30. April 1900.
Groß. Generaldirektion.

A.663. Karlsruhe.
Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 1. Mai d. J. werden für die Beförderung von Holzgeiß (Methylalkohol), leeren gebrauchten Fässern und Säcken, direkte, auf ermäßigter Grundlage beruhende Frachtsätze von Ungvár nach Konstanz eingeführt. Nähere Auskunft erteilt die Güterverwaltung Konstanz.

Karlsruhe, den 1. Mai 1900.
Groß. Generaldirektion.

Kanzleihilfenstelle
bei diesseitigem Amte sofort zu belegen. Jahresvergütung 900 Mark. Verwaltungssakulare wollen sich binnen 8 Tagen melden. [A.648]

Rehl, den 1. Mai 1900.
Groß. Bezirksamt.
Belzer.